Staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen: 1814/15-1822

Zusammenstellung der Texte

Pia Stockmann, Tobias Liebert

Inhalt:

1	Einleitung (P.ST., T.L.).....	1
1.1	Vorbemerkungen.....	1
1.2	Wiener Kongress als Zäsur in der deutschen und europäischen Staatenordnung.....	1
2	Der Wiener Kongress: kommunikationspolitische Dimensionen und Folgen (T.L., P.ST.)... 2	
2.1	Der Wiener Kongress, die Karlsbader Beschlüsse und die Freiheit	2
2.2	Der Wiener Kongress und das „neue Preußen“	3
3	Literarisches Büro (T.L., P.ST.).....	4
3.1	Organisation der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit.....	4
3.2	Wandel zum Überwachungsorgan – Büroleiter Cölln	5
4	Staatszeitung (T.L., P.ST.)	5
4.1	Motive für ein offizielles Regierungsblatt.....	5
4.2	Konzept und Realisierung	6
5	Anhang	7
5.1	Die Autoren der Texte über staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen.....	7
5.2	Literaturverzeichnis.....	8
5.3	Weiterführende Literatur (Auswahl).....	12

1 Einleitung (P.ST., T.L.)

1.1 Vorbemerkungen

Der *letzte* von insgesamt vier Beiträgen über staatliche PR und Kommunikationspolitik in Preußen von den Anfängen bis ca. 1822 beschäftigt sich mit dem Zeitabschnitt 1814/15-1822. Ihm geht der Beitrag über die Jahre von 1807 bis 1813/14 voraus.

Der *Beginn* der vorliegenden Darstellung ist durch den Wiener Kongress, ihr *Ende* durch den Tod von Staatskanzler und „Chef“-Reformer Hardenberg 1822 markiert.

Auf dem *Wiener Kongress* ab dem Spätherbst 1814 verhandelten die Siegermächte Preußen, Österreich, Russland, England, Schweden, Spanien und Portugal über die *Neuordnung Europas*. „Frankreich war durch seinen Außenminister Talleyrand vertreten, der bestrebt war, im Kreise der europäischen Mächte die Gleichberechtigung seines Landes (...) zu erreichen“ (Bundeszentrale 1992, S. 292).

Die Erwartungen waren groß, auch aus der – wie man heute sagen würde – Zivilgesellschaft. Ernst Moritz Arndt beispielsweise forderte 1814 vom Kongress „(u)neingeschränkte Press(ß)efreiheit“ (Zit. nach: Bialowons 1976, S. 151).

1.2 Wiener Kongress als Zäsur in der deutschen und europäischen Staatenordnung

Die *Kongressleitung* übernahm der österreichische Staatskanzler Metternich. Primär strebten die Teilnehmer die Wiederherstellung der vorrevolutionären Verhältnisse und des Gleichgewichts der Mächte an.

Während des Friedenskongresses wurde jedoch deutlich, dass die *Umgestaltungen aus der napoleonischen Zeit* nicht vollkommen rückgängig gemacht werden konnten: Russland stellte Anspruch auf Polen und Preußen schielte auf Sachsen, was auf erheblichen Widerstand von Seiten Österreichs und Englands stieß. Zwischenzeitig drohte ein Scheitern der Verhandlungen, die *Rückkehr Napoleons nach Paris* führte jedoch zur Einigung der Teilnehmer: Während England und Russland den Kongress als Hauptgewinner verließen und Österreich zur osteuropäischen Großmacht wurde, erhielt Preußen immerhin einen Teil Sachsens, wurde dafür jedoch auch mit der Rheinprovinz, Westfalen und Vorpommern entschädigt.

Der deutsche Staatenbund mit zunächst 41 – später 38 – Mächten ersetzte das bis 1806 existierende *Heilige Römische Reich Deutscher Nation*, sodass „(d)ie große historische Leistung des Wiener Kongresses (...) die Schaffung eines Systems zwischenstaatlicher Friedenswahrung und Konfliktregelung in Europa (war)“ (<http://www.wiener-kongress.at> 1. Abs. Vgl. auch Bundeszentrale 1992, S. 292ff.; Greiling 1993, S. 43; Hofmeister-Hunger 1994; S. 275ff.).

Preußens Verhandlungsführer in Wien war Karl August Freiherr von Hardenberg (1750-1822).

2 Der Wiener Kongress: kommunikationspolitische Dimensionen und Folgen (T.L., P.ST.)

2.1 Der Wiener Kongress, die Karlsbader Beschlüsse und die Freiheit

Zwischen Restauration und Hoffnung auf Freiheiten

Der Wiener Kongress-Leiter Metternich kann auch als eine Art „Chef-Kommunikationspolitiker“ der Ära nach Napoleon bezeichnet werden. Metternich ahmte Napoleon viel nach, gerade was die negativ-repressiven Formen der Öffentlichkeitsbeeinflussung und -kontrolle betrifft. Allerdings ist auf die unterschiedlichen Verhältnisse aufmerksam zu machen, um die Angemessenheit des jeweiligen Vorgehens zu bewerten:

„Jedenfalls waren auch die negativen Methoden bei (Napoleon – T.L.) zum guten Teil aus der Schwierigkeit und Unsicherheit seiner Lage zu verstehen und unter solchen Umständen immerhin weniger peinlich als etwa bei Metternich, der ihm diese Künste später nachmachte, dessen Staat aber keine Revolution gehabt hatte und dessen Angst vor Gefährdung der Dynastie durch Ansteckung von Frankreich her so wenig begründet war. Gegen den ‚guten‘ Kaiser Franz wurden keine Attentate unternommen, Napoleon dagegen hatte ernsten Anlass, um sein Leben besorgt zu sein (...). Die amtliche Stellung Metternichs aber hing, ebenso wie die Bismarcks, lediglich von seinem Fürsten, gar nicht von dem Urteil der Bevölkerung ab, sie beide konnten leicht gegen persönliches Lob der Presse gleichgültig sein und waren doch beide gegen ihren Tadel sehr empfindlich.“ (Everth 1931, S. 418)

Die *Deutsche Bundesakte* – am 8. Juni 1815 während des Wiener Kongresses verabschiedet – versprach allen Einzelstaaten mit Artikel 13 vergleichsweise unverbindlich landesständische *Verfassungen*, Artikel 18 kündigte Verfügungen über *Pressefreiheit* an.

Publizistische Initiativen und Zensuren

Doch Zeitung machen blieb ein schwieriges Geschäft und hing dabei auch von den jeweils handelnden (und insbesondere zensierenden) Personen ab. Selbst ein liberaler Staatskanzler kam dabei nicht immer gegen übereifrige Zensoren an. Dies musste auch Ernst Moritz Arndt erfahren, der gemeinsam mit Friedrich Lange ab Januar 1815 das *Tageblatt der Geschichte* als Fortsetzung des *Preußischen Correspondenten* herausgab.

„Auf Bitten Langes hatte damals Staatskanzler Hardenberg sogar den besonders ängstlichen, kleinlichen und reaktionären Zensor Renfner angewiesen, ‚die bestehenden Z(C)ensurgesetze auf das *Tagesblatt der Geschichte* mit so vieler Liberalität als möglich anzuwenden (...)‘. Doch der beklagte sich wieder beim Kanzler: ‚Aber Hr. Lange und seine Mitarbeiter (...) überschreiten öfters alle Grenzen der Mäßigung und der Bedachtsamkeit (...)‘. Renfner lehnt verschiedene Schriften Arndts für die Zeitschrift ab oder beurteilt sie abfällig, damit sie nicht ‚in die Hände ungelehrter oder gar unbefugter Leser fallen und ohnfehlbar zu Missverständnissen und Missdeutungen Anlass (...)‘ geben.

Am 30. Dezember 1815 erschien die letzte Nummer, wie Czygan vermutet, wahrscheinlich durch Renfner veranlasst, der durch den neuen Leiter der Zensurbehörde, Polizeiminister Wittgenstein, ‚dem ihm unbequemen Blatte ein schnelles Ende bereiten‘ konnte.“ (Bialowons 1976, S. 174f, der dabei Czygan, II, S. 153f. und 145, zitiert)

Heilige Allianz gegen den Fortschritt

Nach dem *Wiener Kongress* fanden sich Preußen, Österreich und Russland mit der *Heiligen Allianz* allerdings zu einem antirevolutionären und christlich-patriarchalischen Bündnis zusammen, das Reformbemühungen bald abebben ließ und schließlich zu einer konservativ-restaurativen Phase nach dem Wiener Kongress führte.¹

Die Wiedereinführung der Zensur ging auf die *Karlsbader Beschlüsse* von 1819 zurück. Diese waren das Ergebnis der *Karlsbader Ministerialkonferenzen* im August 1819. Dabei hatten die einflussreichsten Staaten im Deutschen Bund über Maßnahmen zur Beobachtung und Bekämpfung liberaler und den Einzelstaaten zuwiderlaufenden nationalen Neigungen beraten. Die Zensur der Presse und die Überwachung der Universitäten zählten zu den Hauptbeschlüssen.²

2.2 Der Wiener Kongress und das „neue Preußen“

Der Kongress als große kommunikative Herausforderung

Schon vor Beginn der Wiener Verhandlungen lieferten sich die österreichische und preußische Presse ein „publizistisches Kesseltreiben“ (Hofmeister-Hunger 1994, S. 279). Auch die Interessensgegensätze der europäischen Mächte – so in der Frage der Einverleibung Sachsens durch Preußen – während des lang andauernden Kongresses fanden ihren publizistischen Niederschlag. Dies stellte für jede Verhandlungspartei eine große Herausforderung dar.

Zur Arbeit des *Literarischen Stabes* unter Staatskanzler Hardenberg und insbesondere von *Varnhagen von Ense* beim Wiener Kongress siehe an anderer Stelle im PR-Museum.

Nach dem Kongress: Integrations- und Reform-Kommunikation

Preußen konnte auf dem Wiener Kongress einen beachtlichen *Gebietszuwachs* durchsetzen. In Bezug auf das „neue Preußen“ wirkte vor allem die Erwerbung der *Rheinlande* als große Herausforderung:

„Die grundlegenden Divergenzen zwischen der französischen Administration und dem preußischen Verwaltungssystem, die spezifischen konfessionellen Mentalitäten und nicht zuletzt das ökonomische Gefälle zwischen den westlichen und den östlichen Provinzen schufen ein Konfliktpotenzial, das die Einheit des Gesamtstaates radikal in Frage stellen konnte“ (Hofmeister-Hunger 1994, S. 347).

Deshalb erstreckten sich die Bemühungen der preußischen Regierung auf Staatsintegration, Verwaltungsvereinheitlichung und Reformumsetzung – alles auch große Kommunikationsaufgaben.³

Staatskanzler Hardenberg musste bei dem Versuch, die Reformpolitik umzusetzen, manche Enttäuschung verkraften. Sein Bemühen, den preußischen Staat „vom aufgeklärten Absolutismus zum Liberalismus zu führen“, wurde durch die Restauration gestoppt:

¹ Vgl. Bundeszentrale 1992, S. 294; Hofmeister-Hunger 1994, S. 330.

² Vgl. Bundeszentrale 1992, S. 295; Lönnecker 2011, Abs. 1-3.

³ Vgl. Hofmeister-Hunger 1994, S. 372.

„Im vergrößerten Preußen nach 1815 schuf er eine mustergültige Verwaltung. Er konnte sein Ziel, über die Provinzialstände zu einer Gesamtständevertretung im Königreich zu kommen, nicht durchsetzen. Mit der Teilnahme Preußens am Metternichschen System der Restauration schwand H.s polit(ischer) Einfluss, bes(onders) nach den Karlsbader Beschlüssen (1819).“ (Brockhaus 1989, S. 480)

Hardenberg starb nach einer Krankheit am 26. November 1822 im italienischen Genua. Als großer Staatsreformer und Politiker von europäischem Rang ging er in die Geschichte ein, seine Rolle für die Entwicklung von Regierungs- und Verwaltungs-PR in Deutschland ist unbestritten.

3 Literarisches Büro (T.L., P.ST.)

3.1 Organisation der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit

Institutionalisierung der Kommunikationsarbeit

Das preußische Streben nach staatlicher Integration, Verwaltungsvereinheitlichung und Reformumsetzung schlug sich auch in der Organisation der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit nieder:

„Konsolidierung und Institutionalisierung hießen auch hier Leitmotive, unter denen feste Organe zur gesetzlichen Handhabung, Analyse und Beeinflussung des nun nicht mehr wegzuleugnenden politischen Faktors ‚öffentliche Meinung‘ geschaffen wurden“ (Hofmeister-Hunger 1994, S. 347).

Als beispielhafte Einrichtung dafür gilt das *Literarische Büro*, das sich spätestens seit 1816 nachweisen lässt und damit eine institutionelle Tradition dieser Einrichtung in Preußen bzw. Deutschland begründet. Es konnte auf den Erfahrungen des *Literarischen Stabes* beim preußischen Hauptquartier 1813 und Wiener Kongress 1814/15 aufbauen. Vgl. dazu auch an anderer Stelle im PR-Museum.

Aufgabe: Medienbeobachtung

Unter der Leitung von Friedrich von Cölln *beobachteten* die Mitarbeiter des *Literarischen Büros* die Presse und erstellten daraufhin *kommentierte Berichte* über Zeitschriftenaufsätze und Neuerscheinungen zu politischen Themen. Zu diesem Zweck abonnierte die Dienststelle 1820 bereits 19 Zeitungen und 17 Journale, die überwiegend aus dem deutschen und französischen Raum stammten. Während von Cölln die Objekte seiner Übersicht anfänglich willkürlich auswählte und seine Rapporte eher als Lektüreempfehlungen für Hardenberg verstand, entwickelten sich die angefertigten Schriftstücke später zu *formalisierten Resümees*, die Aufschluss über die wesentlichsten Tendenzen der europäischen Presse gaben.⁴

⁴ Vgl. Hofmeister-Hunger 1994, S. 372f.; Obenaus 1995, S. 517; Kunczik 2002, S. 104.

3.2 Wandel zum Überwachungsorgan – Büroleiter Cölln

In den Folgejahren entwickelte sich das Büro wohl primär zum Organ der *polizeilichen Überwachung*, so dass es Serviceaufgaben für Staatskanzleramt und Polizeiministerium erfüllte.⁵

Büroleiter Cölln

Bürochef *Friedrich von Cölln* war gewiss kein Unbekannter, im Gegenteil: Vor allem zwischen 1806 und 1809 galt er als einer der bekanntesten deutschen Publizisten, seine Schriften fanden weite Verbreitung. Der ehrgeizige⁶ Cölln (1766-1820) arbeitete zunächst als preußischer Beamter, der aber seine Reformvorschläge zur Verwaltung öffentlich diskutieren wollte – übrigens schon vor dem Zusammenbruch Preußens 1806. Dazu gab er sogar eine eigene Zeitung heraus, den *Preußischen Staatsanzeiger*. Nach 1806 intensivierte er seine medialen Bemühungen, die zunehmend auch einen patriotischen Anstrich bekamen. Mehrere publizistische Projekte, schließlich konspirativer Art, aber auch Verhaftungen durch die Franzosen, Verurteilung zu drei Jahren Festungshaft, Amtsenthebung und Flucht folgten.⁷

1811 wurde er „auf Veranlassung von Hardenberg rehabilitiert, dem er dafür Spitzeldienste leistete“, heißt es in einer DDR-Darstellung (Bialowons 1976, S. 180). Letzteres dürfte so falsch nicht sein, wenn man die spätere Entwicklung des *Literarischen Büros* zu einem auch oder vorrangig pressepolizeilichen Organ berücksichtigt. Bevor er allerdings in das Büro eintrat, gab von Cölln ab 1813 die *Neuen Fakkeln* heraus, in denen er die Gewalttaten der französischen Armee schilderte und das napoleonische System diskreditierte.⁸

4 Staatszeitung (T.L., P.ST.)

4.1 Motive für ein offizielles Regierungsblatt

Die *aktive, positive Beeinflussung* der öffentlichen Meinung im Auftrag der preußischen Regierung übernahm die offiziöse *Allgemeine Preußische Staatszeitung*, die erstmals am 2. Januar 1819 erschien. Sie kam damit noch vor der einschneidenden Zensurgesetzgebung Preußens heraus.⁹

Bereits seit 1809 war die Herausgabe einer Regierungszeitung ein wichtiges Thema und mit Gutachten sowie Denkschriften – zum Beispiel von Adam Müller – bearbeitet worden.¹⁰ Auch Varnhagen von Ense setzte wichtige Impulse (siehe eigenständigen Beitrag im PR-Museum).

⁵ Vgl. Hofmeister-Hunger 1994, S. 372f.; Obenaus 1995, S. 517; Kunczik 2002, S. 104.

⁶ Cölln wird in Bialowons 1976, S. 179, unter Verweis auf spezielle Studien über ihn, auch als „geltungsbedürftig“ bezeichnet. Als heutiger Betrachter fragt man sich aber unwillkürlich, ob ein bundesdeutscher Beamter diese publizistischen Freiheiten eingeräumt bekäme, die sich Cölln im damaligen Preußen nahm. Allerdings ging seine spätere (zeitweise) Ausschaltung als Beamter nicht nur auf die Franzosen zurück, sondern auch auf die preußischen Behörden.

⁷ Vgl. die ausführliche Darstellung über Cölln in Bialowons 1976, S. 151f. und 178-191 sowie 211-218.

⁸ Vgl. Bialowons 1976, S. 213-218.

⁹ Vgl. Hofmeister-Hunger 1994, S. 374; Groth 1929, S. 99f.

¹⁰ Vgl. Kunczik 1997, S. 77f.

Das Optieren für eine Staatszeitung lag auch darin begründet, dass man sich von ihr eine vergleichsweise hohe Wirkung versprechen konnte.

„Regierungspublizistik“ fand „in der Öffentlichkeit noch keine (große – T.L.) Konkurrenz (...), weil Zeitungen (häufig – T.L.) noch keine Politik machten und Parlamente noch nicht da waren, so gelang es ihr um so besser, die Meinungen des Publikums zu beeinflussen. Es gelang ihr in einem Grade, den spätere Zeiten leicht unterschätzen, denn es kam dazu, dass alle aktiven Antriebe in öffentlichen Angelegenheiten gewohnheitsmäßig von oben ausgingen (...)“. (Everth 1931, S. 22)

Und man konnte auf einen Multiplikatoreneffekt vertrauen, der durch Nachahmer aus der „freiwillig gouvernementalen Presse“ zu erzielen war. „Es ist immer so gewesen, dass private Schriften neben den amtlichen herliefen und deren Publizität, also Wirkung ausdehnten, indem sie den Inhalt in populärer Umformung einer größeren Leserschaft vielleicht erst recht zugänglich machten.“ (Everth 1931, S. 23)

4.2 Konzept und Realisierung

Unter Staegemann

Das unmittelbare Konzept für die Staatszeitung 1819 erstellte Friedrich August von Stägemann (oder Staegemann; 1763-1840), der ähnlich wie Varnhagen von Ense ein enger und publizistisch versierter Vertrauter von Hardenberg und der Reformers war.

Allerdings wurde die Staatszeitung *nun enger an die Reformverwaltung* angebunden, als das Varnhagen 1815 in seinen Konzepten skizziert hatte. Der künftige Leiter des Ministerialblattes Stägemann differenzierte in einen offiziellen (Chronik der Ereignisse, Verordnungen und Bekanntmachungen) und einen nichtoffiziellen Teil (Artikel über In- und Ausland, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft). Während die offizielle Abteilung und die Auslandsinformationen rein nachrichtlich gehalten werden sollten, sah der Chefredakteur für die Rubrik Inland auch analytische und Meinungsartikel vor.¹¹

Unter Heun: mehr Journalismus

Nach zwei Jahren holte Hardenberg Stägemann wieder näher zu sich und die Leitung des Blattes ging an Carl Heun (1771-1854), „der unter dem Pseudonym Heinrich Clauren zu den erfolgreichsten Schriftstellern seiner Zeit gehörte“. Damit wechselten die Prioritäten: Stägemann hatte als überzeugter Reformbeamter primär politisch gedacht, Heun hingegen rückte „journalistische Aspekte in den Vordergrund“. Die Administration war aber nicht im erforderlichen Maße bereit, sich journalistischen Eigengesetzlichkeiten unterzuordnen. (Dittmer 1992, S. 79f.)

Das machte es für Heun nicht leichter. Allerdings unternahm Hardenberg 1822 noch einmal letzte Versuche, die Widersprüche zwischen Bürokratie und Zeitung im Sinne eines Kompromisses produktiv zu lösen. *Erstens* (23. April 1822) schränkte er den offiziellen Teil ein und forderte von den Ministerien mehr aktives Zugehen auf die Redaktion, mehr Bereitschaft zur Information. *Zweitens* (21. Oktober 1822) wurde nun wieder der „Amtscharakter“

¹¹ Vgl. Dittmer 1992, S. 78f.

des Blattes betont: Zwar sollten die Tatsachen unverfälscht mitgeteilt werden, aber in ihren Grundsätzen dürfe die Staatszeitung nicht neutral sein.

Hardenberg ging es darum, das Blatt enger an „seine“ Reformverwaltung im Kanzleramt zu binden, um es dem Einfluss der innerbürokratischen Opposition in anderen Behörden zu entziehen. In Bezug auf die Vertretung der Reformpolitik wollte er der Redaktion sogar mehr Offensivität und Entscheidungsspielraum zugestehen.¹² Wie schon oft in seinem politischen Leben entschied sich Hardenberg dafür, das Öffentlichkeitsprinzip seinen für richtig befundenen Reform-Zielen unterzuordnen.

Ausblick auf die weitere Entwicklung

Nach Hardenbergs Tod 1822 blieb Heun noch bis Ende 1823 Chef des Regierungsblattes. Sein Nachfolger Karl Ernst John, ein ehemaliger Zensor, tat der Zeitung nicht gut. Erst als diesem 1830/31 Johann Karl Heinrich Philipsborn zur Seite gestellt wurde, ging es dem Blatt bald wieder besser – obwohl es zwischenzeitlich auch aufgrund pressepolitischer Meinungsverschiedenheiten Einstellungsversuche gab.¹³

Generell sollten die revolutionären Unruhen 1830 und die Revolutionen von 1848/49 die mit dem Namen Metternichs verbundene *europäische Restaurationsperiode überwinden* und auch für Publizistik sowie staatliche Öffentlichkeitsarbeit neue Chancen eröffnen.

Als *weitere Beiträge* im PR-Museum empfehlen wir die Darstellungen über *Varnhagen von Ense* und das *Literarische Büro*. Insbesondere letzterer Beitrag setzt die chronologische Betrachtung der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit Preußens – konzentriert auf eine wichtige Einrichtung – fort.

5 Anhang

5.1 Die Autoren der Texte über staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen

T.L. = Tobias Liebert

P.ST. = Pia Stockmann

Für den vorliegenden Beitrag wurde Teile aus einer Hausarbeit von P.ST. über Varnhagen von Ense verwendet bzw. verarbeitet, die im Seminar „Geschichte des Kommunikationsmanagements“ unter Leitung von Günter Bentele im Sommersemester 2013 verfasst worden war. Für einen zwischenzeitlichen formalen Korrekturgang gilt Günter Bentele Dank. Mit Blick auf die erweiterte Thematik erarbeitete T.L. große Teile der Texte neu.

¹² Vgl. Dittmer 1992, S. 81f.

¹³ Vgl. Dittmer, S. 146ff., und Wikipedia: Allgemeine Preußische Staatszeitung.

5.2 Literaturverzeichnis

(gemeinsames Verzeichnis für alle vier Beiträge über staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen von den Anfängen bis ca. 1822)

Arndt, Ernst Moritz (1943): *Meine Wanderungen und Wandelungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich vom Stein*. Breslau.

Bähz, Dieter (Hrsg.) (1980): *Varnhagen von Ense, Karl August. Betrachtungen und Bekenntnisse*. Aus den Tagebüchern von 1835 bis 1858. 1. Auflage. Berlin: Rütten & Loening.

Bentele, Günter; *Liebert*, Tobias (2005): *PR-Geschichte in Deutschland. Allgemeine Entwicklung, Entwicklung der Wirtschafts-PR und Berührungspunkte zum Journalismus*. In: Arnold, Klaus; Neuberger, Christoph (Hrsg.) (2005): *Alte Medien – neue Medien*. Festschrift für Jan Tonnenmacher. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. S. 221-241.

Bialowons, Günter (Hrsg.) (1976): *Zur Funktion der deutschen Presse von der Französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongress (1789-1815)*. (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrbrief 3/1) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.¹⁴

Birkner, Thomas (2011): *Zensur*. Aus: *Lexikon zu Restauration und Vormärz. Deutsche Geschichte 1815 bis 1848*. Hrsg. v. Andreas C. Hofmann. In: *historicum.net* Im Internet unter: https://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/8454/ (Abruf am 23. August 2014).

Brockhaus (1988) *Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden*. 19., völlig neu bearb. Aufl. 7. Bd. Ex-Frt. Mannheim: F. A. Brockhaus.

Brockhaus (1989) *Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden*. 19., völlig neu bearb. Aufl. 9. Bd. Got-Herp. Mannheim: F. A. Brockhaus.

Brockhaus (1993) *Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden*. 19., völlig neu bearb. Aufl. 21. Bd. Sr-Teo. Mannheim: F. A. Brockhaus.

Bundeszentrale (1992) für politische Bildung: *Schlaglichter der Weltgeschichte*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Czoik, Peter (Bayerische Staatsbibliothek) (o. J.): *Wilhelm Ludwig Wekhrin*. In: *Literaturportal Bayern*. Im Internet unter: <http://www.literaturportal-bayern.de/autorenlexikon?task=lpbauthor.default&pnd=118806580> (Abruf am 24. August 2014)

Czygan, Paul (1909-1911): *Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege*. 3 Bde. Leipzig: Duncker & Humblot. (In dieser Darstellung nach Bialowons 1976 zitiert.)

Deutsche (1798) *Reichs- und Staatszeitung für den Geschäfts- und Weltmann*. Band 2. Digitalisiertes Exemplar der Universität Princeton. Im Internet unter: <http://books.google.de/books> ... (Abruf am 30. August 2014).

¹⁴ Die Leipziger Lehrbriefe der DDR-Presseforschung und -Journalistenausbildung stützten sich u. a. auf: *Czygan*, Paul (1909-11): *Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege*. Teile I und II. Leipzig.

Dittmer, Lothar (1992): Beamtenkonservatismus und Modernisierung. Untersuchungen zur Vorgeschichte der Konservativen Partei in Preußen 1810-1848/49. (= Studien zur modernen Geschichte; Bd. 44). Stuttgart: Franz Steiner.

Döhl, Reinhard (2011): Wilhelm Wekhrlin – eine Botnanger Spurensuche. Im Internet unter: <http://www.reinhard-doehl.de/poetscorner/wekhrlindoehl.htm> (Abruf am 23. August 2014)

Engels, Hans-Werner (2006): Der Mann, der Friedrich den Großen erfand. Johann Wilhelm von Archenholtz prägte mit seiner „Geschichte des siebenjährigen Krieges“ das Bild des Preußenkönigs – und wurde ein Pionier des modernen deutschen Journalismus. In: Die Zeit. Nr. 35 vom 24. August 2006. S. 80.

Everth, Erich (1931): Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon. (= Politik und Öffentlichkeit. Beiträge zur Lehre von der Publizistik) Jena: Gustav Fischer.

Fesser, Gerd (2008): Ein preußischer Mythos. Mühsam nur konnten Stein und Hardenberg vor 200 Jahren ihre Reformen durchsetzen. Kaum war Napoleon geschlagen, wurden die Uhren in Berlin wieder angehalten. In: Die Zeit. Nr. 51/2008 vom 15. Dezember 2008. Im Internet unter: <http://www.zeit.de/2008/51/A-Reformen/komplettansicht> (Abruf am 23. August 2014).

Goldschmidt, Paul (1893): Stein zum Altenstein, Karl Freiherr von. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 35 (1893). S. 645–660. Im Internet unter: https://de.wikisource.org/wiki/ADB:Stein_zum_Altenstein,_Karl_Freiherr_von (Abruf am 23. August 2014).

Greiling, Werner (1993): Varnhagen von Ense – Lebensweg eines Liberalen. Politisches Wirken zwischen Diplomatie und Revolution. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Griewank, Karl (1954): Der Wiener Kongress und die europäische Restauration 1814/15. Bd. 2. Leipzig: Koehler & Amelang.

Groth, Otto (1929): Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde. 2. Band. Mannheim; Berlin; Leipzig: J. Bensheimer.

Hardenberg, Karl August (1807): Über die Reorganisation des Preußischen Staats, verfasst auf höchsten Befehl Sr. Majestät des Königs. Riga, 12. September 1807. Zit. nach einer Fassung im Internet von Stamm-Kuhlmann¹⁵ unter: http://www.staatskanzler-hardenberg.de/quellentexte_riga.html (Abruf am 23. August 2014).

Hardenberg, Karl August (1807a): Memeler Denkschrift, 3. März 1807. In: Czygan, P. (1909-1911): Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege. 3 Bde. Leipzig. Bd. 1. Zit. nach Bialowons 1976, S. 144, und Dittmer 1992, S. 67.

¹⁵ Dort mit den Originalquellenangaben: Geheimes Staatsarchiv, Rep. 92 Hardenberg H 12/3 eigenhändige Niederschrift in Bleistift. Brandenburg-Preußisches Hausarchiv, Rep. 49 E Staatsverwaltung Gen. betr. die Reorganisation des Preußischen Staats nach dem Frieden von Tilsit in den Jahren 1807-9: Ausfertigung mit Unterschrift Hardenbergs. Gedruckt nach der Ausfertigung bei Georg Winter (Hrsg.): Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg. Erster Teil: Allgemeine Verwaltungs- und Behördenreform. Band 1: Vom Beginn des Kampfes gegen die Kabinettsregierung bis zum Wiedereintritt des Ministers vom Stein (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven Band 93). Leipzig 1931, S. 302-363.

Hartung, Fritz (1905): Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach-Bayreuth 1792-1806. Unveröffentlichte Dissertation. Berlin: Universität.

Haussherr, Hans (1938): Hardenbergs Reformdenkschrift Riga 1807. In: Historische Zeitschrift. Bd. 157. S. 267-308.

Haussherr, Hans (1963): Hardenberg. Eine politische Biographie. 1. Teil: 1750-1800. Köln; Graz: Böhlau.

Haussherr, Hans (1965): Hardenberg. Eine politische Biographie. 3. Teil: Die Stunde Hardenbergs. 2. Auflage. Köln; Graz: Böhlau.

Hofmeister-Hunger, Andrea (1994): Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792-1822). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Knoblauch zu Hatzbach, von (1896): Wekhrlin, Wilhelm Ludwig. In: Allgemeine Deutsche Biographie (1896). S. 645-653. Im Internet unter: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118806580.html?anchor=adb> (Abruf am 22. August 2014)

Kunczik, Michael (1997): Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Kunczik, Michael (2002): Public Relations. Konzepte und Theorien. 4. Auflage. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Kunczik, Michael; Szyszka, Peter (2008): Praktikertheorien: In: Bentele, Günter; Fröhlich, Romy; Szyszka, Peter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. S. 110-124. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lambeck, Gustav (1913): Die Stein-Hardenbergischen Reformen. Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen. Berlin; Leipzig: Teubner.

Langenberg, E. (1865): Ernst Moritz Arndt. Bonn.

Liebert, Tobias (1999): Historische Phasen und Typen von Öffentlichkeit und die Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit. Entwurf eines Modells. In: Szyszka, Peter (Hrsg.): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 93-111.

Lönnecker, Harald (2011): Karlsbader Beschlüsse. Im Internet unter: <http://www.historicum.net/themen/restauration-und-vormarx/lexikon/artlKarlsbaderBesc/htmlartikel/8956/ca/83e02f8e03d321f8209b80e54029d9d2/> (Abruf am 11. September 2013).

Michalzik, Peter (1997): Wurstzeitung mit Oppositionsgeist. In: Süddeutsche Zeitung, SZ am Wochenende (Feuilletonbeilage). 25./26. Oktober 1997.

Obenaus, Sibylle (1995): Rezension über: Andrea Hofmeister-Hunger: Pressepolitik und Staatsreform (...) In: Publizistik. 40. Jg. (1995) Heft 4. S. 514-518.

Ranke, Leopold von (1881): Hardenberg und die Geschichte des Preußischen Staates von 1793-1813. Bd. 3. In: *Ranke, Leopold von* (1881): Sämtliche Werke. 2. Gesamtausgabe. Bd. 48. Leipzig: Duncker & Humblot.

Sänger, Gisela (1966): Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/Berlin: Alfred Metzner.

Schneider, Franz (1966): Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848 (Politica; Bd. 24). Berlin; Darmstadt; Neuwied: Luchterhand.

Schulz, Gerhard (2007): Kleist. Eine Biographie. München: C. H. Beck.

Seyffarth, Ursula (1939): Zur Außenpolitik des Staatskanzlers Freiherrn von Hardenberg von 1810-1812. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Befreiungskriege. Würzburg: Triltsch (zugleich Dissertation, Universität Berlin).

Siemsen, Martin (2014): Warum Goethe den Osnabrücker Justus Möser bewunderte. In: Osnabrücker Zeitung. 28. August 2014. Im Internet unter: <http://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/501672/warum-goethe-den-osnabruecker-justus-moser-bewunderte> (Abruf am 30. August 2014).

Staatsbibliothek Berlin (/ Stiftung Preußischer Kulturbesitz) (2012): Themenportal SPK digital (v. a. über Friedrich den Großen). Im Internet unter: <http://themen.spk-digital.de/friedrich-der-grosse/> (Abruf am 25. August 2013)

Stader, Frank (1989): Die deutsche Presse von den Anfängen bis 1789. Chronologischer Leitfaden. Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

Stamm-Kuhlmann, Thomas (2009): Karl August von Hardenberg. (Website des Lehrstuhls „Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit“ am Historischen Institut der Universität Greifswald) Im Internet unter: <http://www.staatskanzler-hardenberg.de> (Abruf am 23. August 2014).

Steffens, Wilhelm (1907): Hardenberg und die ständische Opposition 1810/1811. Leipzig: Duncker & Humblot.

Stein, Freiherr vom und zum (1955): Schriften von und über ihn. Berlin.

Stollberg-Rilinger, Barbara (2003): Einführung in die Frühe Neuzeit. Im Internet unter: <http://www.uni-muenster.de/FNZ-Online/theorien/modernisierung/unterpunkte/differenz.htm> (Abruf am 30. August 2014).

Stollberg-Rilinger, Barbara (2006): Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Vom Ende des Mittelalters bis 1806. München: Beck.

Vocke, Roland (1989): Europa im Umbruch. Machtwechsel und neue Gewalt. In: Pleticha, Heinrich (Hrsg.) (1989): Aufklärung und Revolution. Europa im 17. und 18. Jahrhundert (= Welt Geschichte; Bd. 8). S. 290-326. Gütersloh: Bertelsmann.

Vogler, Günter; Vetter, Klaus (1974): Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung. 3. Auflage. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.

Wettstein, Oskar (1938): Regierungen und Presse im Wandel der Zeiten. In: Festgabe für Bundesrat Dr. h. c. Edmund Schultheiss zum 70. Geburtstag. Zürich: Polygrafischer Verlag.

Wikipedia (2014): Allgemeine Preußische Staatszeitung. Im Internet unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeine_Preußische_Staatszeitung (Abruf am 30. August 2014).

Wikipedia (2013): Ansbach-Bayreuth. Im Internet unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Ansbach-Bayreuth> (Abruf am 23. August 2014).

Wikipedia (2014): Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein Im Internet unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Friedrich_Karl_vom_und_zum_Stein (Abruf am 23. August 2014).

Wikipedia (2014): Justus von Gruner. Im Internet unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Justus_von_Gruner (Abruf am 30. August 2014).

Wikipedia (2014): Karl August von Hardenberg. Im Internet unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_August_von_Hardenberg (Abruf am 23. August 2014).

Wikipedia (2014): Karl vom Stein zum Altenstein Im Internet unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_vom_Stein_zum_Altenstein (Abruf am 23. August 2014).

Wikipedia (2011): Simson Alexander David (Alexander Daveson; Karl Julius Lange). Im Internet unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Simson_Alexander_David (Abruf am 30. August 2014).

Wunderlich, Dieter (2001): Rahel Varnhagen 1771-1833. Im Internet unter: <http://www.dieterwunderlich.de/Varnhagen.htm> (Abruf am 21. August 2013 und am 15. März 2014).

Zamoyski, Adam (2012): 1812. Napoleons Feldzug in Russland. 2. Auflage. München: Beck.

<http://www.wiener-kongress.at> FWF Projekte über den Wiener Kongress an den Universitäten Klagenfurt und Innsbruck. (Darin u. a. auch: Abschlussbericht: Der Wiener Kongress und die Presse – Zeitungen als Medien politischer Kommunikation. 2008-2013).

5.3 Weiterführende Literatur (Auswahl)

(wurde für diese Darstellung noch nicht verarbeitet)

Cancik, Pascale (2007): Verwaltung und Öffentlichkeit in Preußen. Kommunikation durch Publikation und Beteiligungsverfahren im Recht der Reformzeit. (= Beiträge zum Öffentlichen Recht, Bd. 171) Tübingen: Mohr Siebeck.

Hoppe, Albrecht; Sösemann, Bernd (Hrsg.) (2002): Öffentliche Kommunikation in Brandenburg/Preußen: eine Spezialbibliographie. (= Band 13 von Beiträge zur Kommunikationsgeschichte) Wiesbaden; Stuttgart: Franz Steiner.

Kittstein, Lothar (2003): Politik im Zeitalter der Revolution. Untersuchungen zur preußischen Staatlichkeit 1792-1807. Wiesbaden; Stuttgart: Franz Steiner.

Schwan, Anna (2011): Werbung statt Waffen. Wie Strategische Außenkommunikation die Außenpolitik verändert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwiss. / Springer Fachmedien.

Struckmann, Johann Caspar (1981): Staatsdiener als Zeitungsmacher. Die Geschichte der Allgemeinen Preußischen Staatszeitung. (= Kleine Beiträge zur Geschichte Preußens, I) Berlin.